

Resolution der Jahreshauptversammlung

Landesverband fordert freien Zugang zu Informationen für Schwangere in Konfliktsituationen und die Einbeziehung frauenpolitischer Expertise von Frauenverbänden

Die Delegierten des Verbands Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V. bekräftigen die Positionierung des Verbands zur Streichung des §219a des Strafgesetzbuches. Im Anschluss und in perspektivischer Erweiterung beschließen die Delegierten Folgendes:

1. Der Verband fordert, den freien und selbstbestimmten Zugang zu niedrigschwelligen Informationen zu gewährleisten und die umfassende Verfügbarkeit von Beratungsstellen und Seelsorge für schwangere Menschen in Konfliktsituationen zu sichern. Beeinflussung und Belästigung von Schwangeren, ihren Angehörigen sowie behandelnden Ärzt_innen in Schwangerschaftskonfliktsituationen sind nicht akzeptabel.
2. Der Verband fordert die Anerkennung, dass Schwangerschaftsabbrüche für Betroffene nie Normalität sind. Wir fordern in Kirche und Gesellschaft die Beendigung der frauenfeindlichen Annahme, dass Schwangerschaftsabbrüche ohne strafrechtliche Bedrohung verharmlost werden würden.
3. Der Verband fordert die Leitungen der Landeskirchen auf, die Expertise ihrer Frauenverbände zu nutzen, insbesondere zu frauenpolitischen Themen.

Darmstadt, 21. April 2018